

Der Friede vor dem Reichstag.

Berlin, 20. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Von Bayer, v. Kühlmann.

In der Diplomatenvorlesung die gegenwärtig in Berlin weilenden Mitglieder der ukrainischen Regierung.

Der Friede mit der Ukraine.

Staatssekretär von Kühlmann:

Die Vorlage betrifft den ersten Friedensschluß in diesem gewaltigsten Kriege aller Zeiten. Es ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen Verbündeten einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben während der Weihnachtstage durch das Auftreten einer offiziellen ukrainischen Friedensdelegation unter Führung des Ministers Holubowitsch einen neuen Charakter angenommen gehabt. Schon während der Waffenstillstandsverhandlungen nahmen Vertreter der ukrainischen Volksrepublik an den Besprechungen teil. Sie traten aber wenig hervor. Erst nachdem sie sich offiziell mit uns in Verbindung gesetzt hatten, begannen mit ihnen die Verhandlungen über die Möglichkeit, mit der ukrainischen Volksrepublik ein friedliches Verhältnis wiederherzustellen. Die ukrainische Volksrepublik ist ein schwaches Staatswesen.

Die Ukraine, die im allgemeinen das gesamte südliche Rußland umfaßt, ist in bezug auf Bodenschätze

an Kohlen und Eisen sehr reich.

Sie besitzt auch die Ansätze zu einer eignen Industrie. Die großrussischen Vertreter der Volkswirtschaft pflegten zu der Ukraine freundschaftliche Beziehungen, solange Trozki annehmen konnte, die Volksrepublik der Ukraine werde sich in erster Linie nach den Interessen des Petersburger Kabinetts richten. Als jedoch die Ukraine einnahm, daß das Petersburger Kabinett keine aufrichtige Friedenspolitik befolge, stellten sich die Vertreter der Ukraine auf den Standpunkt, den Krieg durch einen Frieden zu beenden. Die Verhandlungen waren nicht ganz leicht. Die Vertreter der Ukraine stellten territoriale Forderungen, die schwer zu erfüllen waren. Die Abgrenzung mit Rußland selbst mußte einem späteren Zeitpunkt und nach Auseinandersetzung mit der dann am Rußland befindlichen russischen Regierung anheimgegeben werden. Für uns kam nur in Betracht, die Grenze des neuen Staatswesens nach Westen zu bestimmen. Dabei hat besonders die Abgrenzung nach Westen hin die meiste Beachtung gefunden und hat auch

bei den Polen die lebhafteste Kritik

erfahren. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß, so einschneidend die betreffenden Interessen für uns sind, sie für die der mit uns befreundeten Donau-Monarchie so ganz erheblich zu erwägen sind. Bei uns sind es in erster Linie Interessen außerpolitischer Natur, die dadurch berührt werden. Bei ihr sind es vitale Interessen außerpolitischer Natur und folglich schwerere Interessen innerpolitischer Natur, welche durch diese Frage berührt werden müssen. Daß der Abschluß so erfolgt ist, wie er erfolgt ist, entspricht der Erwägung, welche auch der Ministerpräsident v. Seidler in Wien in seiner Rede im Reichsrat geltend gemacht hat, daß nach Lage der Verhandlungen die Befriedigung gerechtfertigt war, ein weiteres Zurückweichen der Ansprüche an der Cholmer Grenze würde

das Scheitern des Vertrags zur Folge

gehabt haben. Ich bin überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Vorgehen nicht verstanden, daß sie ein Vorgehen unter Opferung des so erwünschten Friedens auf das Schärfste — ich glaube mit Recht — gerügt hätte.

Daß wir die polnischen Interessen auch damals im hohen Grad ins Auge gefaßt haben, ergibt sich aus der Fassung der Bestimmungen, in denen die Grenzlinien nur in einigen Punkten allgemein festgelegt worden sind, die nähere Festsetzung der Grenzlinien noch in erheblich ausgedehnter Weise einer künftigen polnischen Prüfung vorbehalten ist. Wie die Herren aus den gütigen in Wien gemachten Mitteilungen entnehmen haben, haben erneute Verhandlungen, die die österreichisch-ungarische Regierung im Einvernehmen mit der deutschen Regierung mit der Ukraine geführt hat, das Ergebnis gezeigt, daß der Paragraph über die Festlegung der Grenzlinien in erheblich ausgedehnter Weise interpretiert werden kann. Dabei werden die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße Berücksichtigung finden. Da bei der in Aussicht genommenen Kommission außer den Verbündeten

auch polnische Vertreter

anzwesend sein werden, haben wir im Rahmen des Möglichen alles getan, um eine gerechte Abgrenzung zu erreichen. Es mag die Frage aufstehen, warum denn die ukrainische Delegation bei den Brest-Verhandlungen weitgehende Ansprüche stellte, von denen jetzt im Laufe weiterer Besprechungen das eine oder das andere nachgelassen werden kann. Aber auf jeden Fall beweist der Vorgang, daß das unablässige Bestreben der Mittelmächte, gerechte Wünsche zu erfüllen, am Werke geblieben ist.

Nach glaubwürdigen Mitteilungen kann angenommen werden, daß auch jetzt noch nach einem so langen Kriege wesentliche Vorräte sowohl an Brotgetreide als auch an Futtermitteln in der Ukraine vorhanden sind. Deshalb ist sowohl für uns wie auch für die ukrainische Bevölkerung die Herbeiführung des geordneten Handelsverkehrs mit der Ukraine, der Austausch der dort vorhandenen Lebensmittel an Getreide, Futtermitteln, Rohstoffen gegen andere Waren für uns von ganz vitaler Interesse. Das wird im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung dazu führen, daß die Erleichterung des Warenverkehrs Gegenstand gemeinsamer Maßnahmen sein wird. Die

Wiederherstellung der Rechtsbeziehungen

ist vollkommen gewährleistet, so daß wir mit diesem wichtigen Teile des ehemaligen Kaiserreichs in voller Rechtsfähigkeit sowohl diplomatisch wie handelspolitisch verkehren können. Einem Wiederanzuleben des Handels steht jetzt noch die politische Verhältnisse entgegen. Was die Frage betrifft, ob der Abschluß des ukrainischen Vertrags den Abschluß des Friedens mit der bolschewistischen Regierung in Petersburg herbeiführen könnte, so habe ich den Eindruck gewonnen, daß das nicht der Fall ist. Wenn es überhaupt ein Mittel gab, Herrn Trozki zur Unterzeichnung eines befriedigenden Friedensinstrumentes zu bewegen, so war es gerade der ukrainische Friede, und ich halte den Abschluß dieses Friedens auch heute noch für ein wichtiges Mittel, um auch mit der Petersburger Regierung zu einem für beide Teile befriedigenden Abschluß zu gelangen.

Die Ereignisse, die sich an den Abbruch der Verhandlungen anschließen haben, sind dem hohen Hause genügend bekannt. Ich

kann mich bei dem historischen Rückblick sehr kurz fassen, denn mittlerweile sind

neue Vorgänge eingetreten,

die für die Beziehungen mit dem bolschewistischen Kabinett von immerhin erheblichem Einfluß sein werden. Nach dem erneuten Vorgehen der deutschen Heere hat gestern das Volkskommissariat einen Funkspruch an die deutsche Regierung gerichtet.

Medner verliest den Wortlaut der schon veröffentlichten Kundgebung des Rates der Volkskommissare und fährt dann fort:

Dieser Funkspruch stellt nach den Erfahrungen, die wir mit Funksprüchen gemacht haben — der amtliche Charakter derartiger Funksprüche ist manchmal gelehrt worden — für uns absolut kein verbindliches Dokument dar. Wir haben daraufhin der Petersburger Regierung mitgeteilt, der Funkspruch sei von uns empfangen worden; wir hätten aber um eine schriftliche Bestätigung seines Inhalts an unsre Linien. Darauf hat die Petersburger Regierung geantwortet, daß die Regierung der Volkskommissare die schriftliche Bestätigung umgehend an die Linien schicken werde. Nach den Erfahrungen unserer Verhandlungen mit Trozki und seinem Kabinett möchte ich nicht, daß in der weiteren Öffentlichkeit irgendwie der Eindruck entsteht, als sei nunmehr alles glatt und klar, als hätten wir den Frieden schon in der Tasche. Ich bemerke das hauptsächlich deshalb, weil ich der ehrlichen, aufrichtigen Friedensliebe des deutschen Volkes, die von der Regierung in vollstem Maße geteilt wird, Enttäuschungen ersparen möchte.

Die Ereignisse werden sich ja jetzt verhältnismäßig rasch abrollen. Wir sind mit unseren Bundesgenossen über diese neu vorliegende Tatsache in einem Gedankenaustausch eingetreten. Bei der weitgehenden Durcharbeitung der Materie, wie sie in Brest-Litowsk vorgenommen worden ist, wird das gleichfalls in allerletzter Zeit erledigt werden können. Eine

wesentliche Verschärfung der Verhandlungsbasis

dürfte nicht eintreten. Die Aussichten auf den Abschluß eines Friedens mit den Bolschewikern sind durch den Abschluß des Friedens mit der Ukraine und durch den von uns ausgeübten militärischen Druck, durch das Scheitern gewisser Hoffnungen, die man sich zweifellos in Petersburg gemacht hat, erheblich besser geworden. Es kann der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß

wir jetzt zum Ziele kommen.

Aber der Freude über das große Ergebnis eines wirklichen Abschlusses des Friedens mit Rußland wollen wir uns erst hingeben, wenn die Linie darunter lauter ist.

Der Eindruck, den ich draußen im Lande hatte, war der, daß die Öffentlichkeit diesen Abschluß als den ersten Schritt begrüßt zu einer besseren Zukunft, zu einer baldigen Herbeiführung des allgemeinen Friedens, den wir alle erhoffen und den wir bei ruhiger, klarer, fester und entschlossener Führung der verantwortlichen Politik in absehbarer Zeit auch zu erreichen hoffen. (Sehhafter Beifall.)

Abg. Gröber (Ztr.): Wir danken der Regierung für diesen ersten Friedensvertrag. Hoffentlich folgen ihm bald andere Verträge mit Großrußland und auch noch andern Gegnern. Der Friede mit der Ukraine ist die Durchbrechung des eisernen Ringes, der bisher Deutschland und seine Verbündeten umschlossen hielt. Zunächst eine kurze Bemerkung zu der Form des Vertrags. In unserer Drucksache ist zu Beginn als Vertreter für die kaiserliche deutsche Regierung nur Herr v. Kühlmann genannt. Bei der Unterzeichnung tritt aber als Vertreter der deutschen Obersten Heeresleitung Generalmajor Hoffmann hinzu. (Hört, hört!) Generalmajor Hoffmann hätte selbstverständlich als Vertreter der kaiserlichen Regierung den Vertrag mit unterzeichnen können, aber die Oberste Heeresleitung kann nicht als Kontrahent neben dem Bevollmächtigten der Regierung auftreten. (Lebhafter Zustimmung im Zentrum und links.) Die Bezirke mit überwiegend polnischer Bevölkerung hätte man besser zu Polen geschlagen, während umgekehrt Bezirke mit überwiegend ukrainischer Bevölkerung zur Ukraine gehören sollten. Es ist ein Fehler, daß man nicht gleich polnische Vertreter zugezogen hat, um so mehr, als man in Brest-Litowsk als ersten Grundrecht das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgestellt hat. (Beifall a. Ztr.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Funkspruch, den uns Herr v. Kühlmann mitgeteilt hat, stellt uns vor eine ganz neue Situation. Es ist eine hochinteressante Meldung, die da aus Petersburg gekommen ist, eine Meldung, die die zusammengekauften Hoffnungen auf Frieden mit Großrußland wieder aufleben läßt. Zwar hat der Staatssekretär seine Mitteilung mit einem gewissen Skeptizismus begleitet, aber auch er meinte doch, die Friedensaussichten wären dadurch erheblich besser geworden. Unsere Pflicht muß es sein, dafür zu sorgen, daß diese Hoffnungen nicht von neuem zusammenbrechen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wir hatten es auch nicht für richtig, daß man die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen in Brest-Litowsk nur auf der russischen Seite sehen will. (Sehr wahr! h. d. Soz. Hört, hört! und lautes Lachen rechts.) Es ist gut, wenn wir der Wahrheit ins Gesicht sehen und dafür sorgen, daß bei weiteren Verhandlungen nicht wieder dieselben Fehler begangen werden. Das Ziel, das es zu erreichen gilt, ist so hoch und wertvoll, daß, wenn es nicht erreicht wird, wir nicht in dem Gefühl dahinstehen dürfen, als hätten wir nicht unsere volle Schuldigkeit getan. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Das Verfahren, mit dem man in Brest-Litowsk das Selbstbestimmungsrecht durchzuführen wollte, haben wir nicht in allen Punkten für richtig gehalten. Wir hoffen, daß in Zukunft nicht wieder dieselben Schwierigkeiten notwendig gemacht werden. In der alldeutschen, konservativen Presse hat man die

Schuld am Scheitern der Verhandlungen

darin gefunden, daß Trozki und die russische Delegation ernstlich gar keinen Frieden, sondern die Sache nur verschleppen wollten. (Sehr wahr! rechts.) Wie unrichtig das ist, beweist der Funkspruch. (Lautes Gelächter rechts.) Ich werde den Beweis dafür antreten. Sie sind der Meinung, daß das militärische Vorgehen der allseitige und durchschlagende Grund ist, die Bolschewikern zum Frieden zu drängen, glauben also, daß sie vorher nicht den Frieden wollten. (Sehr richtig! rechts.) Darum: Die Revolution wollten sie! Das ist unrichtig. (Lachen rechts.) Ich muß dem entgegenstellen, um zu verhindern, daß man nicht von neuem sich in diese ganz falsche Auffassung verrennt und daher dem Frieden Schwermühen bereitet, die nicht notwendig wären. Was ist die Politik der Bolschewikern gewesen? (Hört, hört! rechts.) Was ist die Politik? Wir können sie schon vor dem Kriege, und es ist richtig, daß ihre Theorie auf die Herbeiführung einer inter-

nationalen Revolution ausging (Hört, hört! rechts), als Weg, den Weltkrieg zu beenden und um auch noch ganz andre Dinge zu erreichen. Es ist aber auch bekannt, daß die Bolschewikern in der ganzen sozialistischen Internationale damit in einer kleinen verzweifelten Minderheit geblieben sind und daß sie uns deutsche Sozialdemokraten ganz besonders scharf angegriffen haben, weil wir nicht bereit waren, auf diese Taktik einzugehen, die wir für verkehrt und aussichtslos hielten. Wir haben also gar keinen Grund, die Bolschewikern etwa in Schutz zu nehmen.

Es sind nicht unsre Leute,

sie haben uns im Gegenteil stets auf das Schärfste und rücksichtsloseste angegriffen. Wir billigen auch nicht ihr praktisch politisches Verfahren, ihre Methoden der Bergewaltigung, den Terror, ihre Auseinandertreibung der Konstituante. Wir haben also keinen Anlaß, eine Lüge für die Bolschewikern einzulegen, aber es kommt darauf an, die Tatsachen richtig zu sehen, denn nur darauf kann eine richtige Politik aufgebaut werden. Welches sind diese Tatsachen? Welches ist der praktische Wesenskern der Politik der Maximilianisten in Petersburg? Darauf kommt es an. Die Bolschewikern sind die einzige Partei in Rußland gewesen, die das Programm des sofortigen Friedens, wenn nicht mit, dann gegen die Entente, aufgestellt haben, und die einzige Partei, die das praktische Programm des Sonderfriedens mit den Mittelmächten aufzustellen wagten. Das charakterisiert ihre Stellung als Partei in Rußland. Mit diesem

Programm des sofortigen Friedens

haben sie die Massen in Rußland hinter sich gebracht. Diese Massen des geringen Volkes in Rußland wollen den sofortigen Frieden. Mit dem Programm der internationalen proletarischen Revolution hätten die Bolschewikern in Rußland keinen Grund hinter dem Ofen herbeigebracht, das war den Sowjets, die hinter ihnen stehen, gefehlt. Der Verlauf der Dinge hat das bewiesen.

Die Gegner der Bolschewikern in Rußland haben sie zunächst ausgelacht: ihr wollt einen demokratischen Frieden mit den Zentralmächten, das gibt es gar nicht. Aber als dann die Bolschewikern ihr Friedensangebot hinausgehen ließen, kam von Österreich und Deutschland die Antwort: Jawohl, wir akzeptieren dies Programm als diskutabile Grundlage des Friedens. Diese Nachricht wurde in Rußland auf der einen Seite mit größtem Stauern und auf der andern Seite mit größtem Jubel aufgenommen. Mit Stauern auf der Seite der Gegner der Bolschewikern. Ein englischer Berichterstatter schrieb damals: Wir sind aufs Höchste überrascht durch dies Entgegenkommen, das ist ein ungeheurer Erfolg der Bolschewikern. Und als dann am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk die weitergehenden Erklärungen von Grafen Czernin abgegeben wurden, steigerte sich der Jubel in Petersburg noch mehr. Die Bolschewikern luden das Proletariat Petersburgs zu einer großen Jubel- und Friedensfeier auf den 30. Dezember ein. Wenn die Bolschewikern den Frieden nicht wollten, warum jubelten sie dann, als der Friede in greifbarer Nähe rückt? Damit entging ihnen ja die proletarische Revolution. Als dann freilich die Erklärungen vom 27. Dezember bekannt wurden, gab es eine

ungeheure Enttäuschung

und. Hat bei den Bolschewikern und großes Frohlocken bei ihren Gegnern. Hätten Sie (nach rechts) recht mit Ihrer Auffassung, daß die Bolschewikern nicht den Frieden, sondern die Verschleppung der Verhandlungen und die proletarische Revolution gewollt hätten, so hätten die Bolschewikern am 25. Dezember trauern und am 28. frohlocken müssen.

Die Erklärungen vom 28. Dezember in Brest-Litowsk lieferten der Politik derer Wasser auf die Mühlen, die die internationale Revolution haben wollten. Darum, daß die Bolschewikern dem Volke den Frieden ja sicher in Aussicht stellten, haben sie am deutlichen gezeigt, daß sie Frieden wollten, aber natürlich nur einen demokratischen. Damit wären sie für etwaige Landverläufe Rußlands gegen künftige Vorwürfe gedeckt gewesen. Der 27. Dezember zerbrach ihre Hoffnungen; die Gegner der Bolschewikern triumphierten nun, ein demokratischer Friede mit Deutschland sei eben nicht möglich. Die Bolschewikern wollten einen undemokratischen Notfrieden nicht schließen, deshalb trat der internationale Revolutionsgedanke wieder in den Vordergrund. Der Rabel mögen wohl auch Verschleppungstendenzen mitgewirkt haben, aber man darf die Bolschewikern nicht nach ihm beurteilen.

Trozki hat bis zuletzt den Frieden gewollt.

Nach seine letzte Erklärung wurde in Deutschland zunächst als Friedenszeichen aufgefaßt. Schulfeiern wurden veranstaltet, Glocken geläutet, Fahnen herausgehängt. Dann aber erfolgte unter militärischem Einfluß der Umstimmung. Die Militärs und die Altkadetten wollten die Situation ausnützen und legten deshalb durch, daß der Waffenstillstand für erledigt erklärt wurde. Dadurch wurde die russische Regierung überrascht, die noch Raum zu weiteren Verhandlungen zu haben glaubte. (Hört, hört! h. d. Soz.) Ebenso überrascht war die österreichische Regierung. Wir nehmen also weiter an, daß Rußland den Frieden will, und wenn er nicht zustande kommt, werden wir fragen, wem die Verantwortung trifft. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Altkadetten jubeln ja stets, wenn eine Friedensmöglichkeit zerfällt. In ihrer Presse kann man lesen, daß sie Gott auf den Rücken danken, wenn das Massenmorden weitergeht. (Lachen rechts.) Zurück: Unerhörte Enttäuschung! Eine Presse, die so arbeitet, ist geradezu gemeingefährlich. (Lebhafter Zustimmung links.) Jetzt sollten die militärischen Operationen eingestellt und der Ausbruch verhindert werden, als ob wir einen Regierungswechsel wollten. Dabei wollen wir die Bolschewikern möglichst den Sonderfrieden. Das rechts von ihnen ist, sind Ententeleute. Bei den Kämpfen in Finnland, Estland und Livland handelt es sich nicht nur um nationale Gegensätze, sondern um soziale Revolutionen. In der Ukraine steht hingegen die große Mehrheit des Volkes offenbar hinter den gemäßigten Sozialisten. Aber auch dort würden wir uns auf die Sicherung der Verkehrswege beschränken und jede Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse vermeiden. Der Kritik des Abg. Gröber über das Cholmer Gebiet schließen wir uns vollkommen an. Wir wollen eine Politik, bei der

die Völker ihr Schicksal selbst bestimmen,

nicht ein Militärprogramm der Gewalt. Die Militärs wollen einen rohen Sultan im großen schaffen, wir aber wünschen gerechte Verhältnisse im Osten. Alle Wünsche können natürlich dabei nicht realisiert werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der litauische Landesrat muß auf Grund eines ganz demokratischen Wahlrechts erneuert und durch Polen und Juden erweitert werden. Litauen hat eine natürliche Vervollständigung mit dem Westen, der ihm landwirtschaftliche Produkte abnehmen und Maschinen verkaufen kann. Dessenungeachtet die große Masse des litauischen Volkes darunter sind für einen unabhängigen Staat, gegen Verdrückung und gegen Verdrückung. Jedenfalls können die Litauern nicht mit offenkundigen Mitteln und Methoden getötet werden. (Sehr gut! h. d. Soz.) Die neue Zeit und die neuen Verhältnisse können nur durch

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 45.

Magdeburg, Freitag den 22. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Der Friede vor dem Reichstag.

Berlin, 20. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Von Payer, v. Kühlmann.

In der Diplomatenloge die gegenwärtig in Berlin weilenden Mitglieder der ukrainischen Regierung.

Der Friede mit der Ukraine.

Staatssekretär von Kühlmann:

Die Vorlage betrifft den ersten Friedensschluß in diesem gewaltigen Kriege aller Zeiten. Es ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen Verbündeten einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben während der Weihnachtstage durch das Auftreten einer offiziellen ukrainischen Friedensdelegation unter Führung des Ministers Golubomirski einen neuen Charakter angenommen gehabt. Schon während der Waffenstillstandsverhandlungen nahmen Vertreter der ukrainischen Volksrepublik an den Besprechungen teil. Sie traten aber wenig hervor. Erst nachdem sie sich offiziell mit uns in Verbindung gesetzt hatten, begannen mit ihnen die Verhandlungen über die Möglichkeit, mit der ukrainischen Volksrepublik ein friedliches Verhältnis wiederherzustellen. Die ukrainische Volksrepublik ist ein schwaches Staatswesen.

Die Ukraine, die im allgemeinen das gesamte südliche Rußland umfaßt, ist in bezug auf Bodenschätze

an Kohlen und Eisen sehr reich.

Sie besitzt auch die Ansätze zu einer eignen Industrie. Die großrussischen Vertreter der Bolschewiki pflegten zu der Ukraine freundschaftliche Beziehungen, solange Trozki annehmen konnte, die Volksrepublik der Ukraine werde sich in erster Linie nach den Interessen des Petersburger Kabinetts richten. Als jedoch die Ukraine eintrat, daß das Petersburger Kabinett keine aufrichtige Friedenspolitik verfolgte, stellten sich die Vertreter der Ukraine auf den Standpunkt, den Krieg durch einen Frieden zu beenden. Die Verhandlungen waren nicht ganz leicht. Die Vertreter der Ukraine stellten territoriale Forderungen, die schwer zu erfüllen waren. Die Abgrenzung mit Rußland selbst mußte einem späteren Zeitpunkt und nach Auseinandersetzung mit der dann am Ende befindlichen russischen Regierung anheimgegeben werden. Für uns kam nur in Betracht, die Grenze des neuen Staatswesens nach Westen zu bestimmen. Dabei hat besonders die Abgrenzung nach Westen hin die meiste Beachtung gefunden und hat auch

bei den Polen die lebhafteste Kritik

erfahren. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß, so einschneidend die betreffenden Interessen für uns sind, sie für die der mit uns befreundeten Donauanarchie so ganz erheblich schwerwiegendere sind. Bei uns sind es in erster Linie Interessen außenpolitischer Natur, die dadurch berührt werden. Bei ihr sind es vitale Interessen innenpolitischer Natur, welche durch diese Frage berührt werden mußten. Daß der Abschluß so erfolgt ist, wie er erfolgt ist, entspricht der Erwägung, welche auch der Ministerpräsident v. Seidler in Wien in seiner Rede im Reichsrat geltend gemacht hat, daß nach Lage der Verhandlungen die Befürchtung gerechtfertigt war, ein weiteres Zurückweichen der Ansprüche an der Cholmer Grenze würde

das Scheitern des Vertrags zur Folge

gehabt haben. Ich bin überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Vorgehen nicht verstanden, daß sie ein Vorgehen unter Opferung des so erwünschten Friedens auf das schärfste — ich glaube mit Recht — gemißbilligt hätte.

Daß wir die polnischen Interessen auch damals im hohen Grade ins Auge gefaßt haben, ergibt sich aus der Fassung der Bestimmungen, in denen die Grenzlinien nur in einigen Punkten allgemein festgelegt worden sind, die nähere Festlegung der Grenzlinien noch in erheblich ausgedehnter Weise aber einer künftigen Prüfung vorbehalten ist. Wie die Herren aus den gestrigen in Wien gemachten Mitteilungen entnehmen haben, haben erneute Verhandlungen, die die österreichisch-ungarische Regierung im Einvernehmen mit der deutschen Regierung mit der Ukraine geführt hat, das Ergebnis gezeigt, daß der Paragraph über die Festlegung der Grenzlinien in erheblich ausgedehnter Weise interpretiert werden kann. Dabei werden die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße Berücksichtigung finden. Da bei der in Aussicht genommenen Kommission außer den Verbündeten

auch polnische Vertreter

anwesend sein werden, haben wir im Rahmen des Möglichen alles getan, um eine gerechte Abgrenzung zu erreichen. Es mag die Frage aufstehen, warum denn die ukrainische Delegation bei den Brest-Litowsker Verhandlungen weitgehende Ansprüche stellte, von denen jetzt im Laufe weiterer Besprechungen das eine oder das andere nachgelassen werden kann. Aber auf jeden Fall beweist der Vorgang, daß das unablässige Bestreben der Mittelmächte, gerechte Wünsche zu erfüllen, am Werke geblieben ist.

Nach glaubwürdigen Mitteilungen kann angenommen werden, daß auch jetzt noch einem so langen Kriege wesentliche Borräte sowohl an Brotgetreide wie an Futtermitteln in der Ukraine vorhanden sind. Deshalb ist sowohl für uns wie auch in erhöhtem Maße für die österreichisch-ungarische Monarchie die Herstellung des geordneten Handelsverkehrs mit der Ukraine, der Austausch der dort vorhandenen Überschüsse an Getreide, Futtermitteln, Rohstoffen gegen andere Waren für uns von ganz vitalem Interesse. Das wird im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung dazu führen, daß die Erleichterung des Warenverkehrs Gegenstand gemeinsamer Maßnahmen sein wird. Die

Wiederherstellung der Reichsbeziehungen

ist vollkommen gewährleistet, so daß wir mit diesem wichtigen Teile des ehemaligen Kaiserreichs in voller Rechtschaffenheit sowohl diplomatisch wie handelspolitisch verkehren können. Einem Wiederanleben des Handels stehen allerdings jetzt noch die politischen Verhältnisse entgegen. Was die Frage betrifft, ob der Abschluß des ukrainischen Vertrags den Abschluß des Friedens mit der bolschewistischen Regierung in Petersburg beeinträchtigen könnte, so habe ich den Eindruck gewonnen, daß das nicht der Fall ist. Wenn es überhaupt ein Mittel gab, Herrn Trozki zur Unterzeichnung eines befriedigenden Friedensinstrumentes zu bewegen, so war es gerade der ukrainische Friede, und ich halte den Abschluß dieses Friedens auch heute noch für ein wichtiges Mittel, um auch mit der Petersburger Regierung zu einem für beide Teile befriedigenden Abschluß zu gelangen.

Die Ereignisse, die sich an dem Abbruch der Verhandlungen geknüpft haben, sind dem hohen Hause genügend bekannt. Ich

kann mich bei dem historischen Rückblick sehr kurz fassen, denn mittlerweile sind

neue Vorgänge eingetreten,

die für die Beziehungen mit dem bolschewistischen Kabinett vom immerhin erheblichem Einfluß sein werden. Nach dem erneuten Vorgehen der deutschen Geere hat gestern das Volkskommissariat einen Funkspruch an die deutsche Regierung gerichtet.

Nebner verliest den Wortlaut der schon veröffentlichten Rundgebung des Rates der Volkskommissare und fährt dann fort: Dieser Funkspruch stellt nach den Erfahrungen, die wir mit Funksprüchen gemacht haben — der amtliche Charakter derartiger Funksprüche ist manchmal geeignet worden — für uns absolut kein verbindliches Dokument dar. Wir haben daraufhin der Petersburger Regierung mitgeteilt, der Funkspruch sei von uns empfangen worden; wir hätten aber um eine schriftliche Bestätigung seines Inhalts an unsere Linien. Darauf hat die Petersburger Regierung geantwortet, daß die Regierung der Volkskommissare die schriftliche Bestätigung umgehend an die Linien schicken werde. Nach den Erfahrungen unserer Verhandlungen mit Trozki und seinem Kabinett möchte ich nicht, daß in der weiteren Öffentlichkeit irgendwo der Eindruck entstände, als sei nunmehr alles glatt und klar, als hätten wir den Frieden schon in der Tasche. Ich bemerke das hauptsächlich deshalb, weil ich der ehrlichen, aufrichtigen Friedensliebe des deutschen Volkes, die von der Regierung in vollstem Maße geteilt wird, Enttäuschungen ersparen möchte.

Die Ereignisse werden sich ja jetzt verhältnismäßig rasch abrollen. Wir sind mit unsern Bundesgenossen über diese neu vorliegende Tatsache in einen Gedankenaustausch eingetreten. Bei der weitgehenden Durcharbeitung der Materie, wie sie in Brest-Litowsk vorgenommen worden ist, wird das gleichfalls in aller kürzester Zeit erledigt werden können. Eine wesentliche Beschleunigung der Verhandlungsbasis

dürfte nicht eintreten. Die Aussichtslosigkeit auf den Abschluß eines Friedens mit den Volkskommissaren sind durch den Abschluß des Friedens mit der Ukraine und durch den von uns ausgeübten militärischen Druck, durch das Scheitern gewisser Hoffnungen, die man sich zweifellos in Petersburg gemacht hat, erheblich besser geworden. Es kann der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß

wir jetzt zum Ziele kommen.

Aber der Freude über das große Ergebnis eines wirklichen Abschlusses des Friedens mit Rußland wollen wir uns erst hingeben, wenn die Linde darunter trocken ist.

Der Eindruck, den ich draußen im Lande hatte, war der, daß die Öffentlichkeit diesen Abschluß als den ersten Schritt begrüßt zu einer besseren Zukunft, zu einer baldigen Herbeiführung des allgemeinen Friedens, den wir alle erhoffen und den wir bei ruhiger, klarer, fester und entschlossener Führung der auswärtigen Politik in absehbarer Zeit auch zu erreichen hoffen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Gröber (Ztr.): Wir danken der Regierung für diesen ersten Friedensvertrag. Hoffentlich folgen ihm bald andere Verträge mit Großrußland und auch noch anderen Gegnern. Der Friede mit der Ukraine ist die Durchbrechung des eisernen Ringes, der bisher Deutschland und seine Verbündeten umschloß hielt. Zunächst eine kurze Bemerkung zu der Form des Vertrags. In unserer Drucksache ist zu Beginn als Vertreter für die kaiserliche deutsche Regierung nur Herr v. Kühlmann genannt. Bei der Unterzeichnung tritt aber als Vertreter der deutschen Obersten Seeresleitung Generalmajor Hoffmann hinzu. (Hört, hört!) Generalmajor Hoffmann hätte selbstverständlich als Vertreter der kaiserlichen Regierung den Vertrag mit unterzeichnen können, aber die Oberste Seeresleitung kann nicht als Kontrahent neben dem Bevollmächtigten der Regierung auftreten. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Die Bezirke mit überwiegend polnischer Bevölkerung hätte man besser zu Polen geschlagen, während umgekehrt Bezirke mit überwiegend ukrainischer Bevölkerung zur Ukraine gehören sollten. Es ist ein Fehler, daß man nicht gleich polnische Vertreter zugezogen hat, um so mehr, als man in Brest-Litowsk als ersten Grundgedanken das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgestellt hat. (Beifall i. Ztr.)

Abg. Dr. Davis (Soz.):

Der Funkspruch, den uns Herr v. Kühlmann mitgeteilt hat, stellt uns vor eine ganz neue Situation. Es ist eine hochinteressante Meldung, die da aus Petersburg gekommen ist, eine Meldung, die die zusammengehörigen Hoffnungen auf Frieden mit Großrußland wieder aufleben läßt. Zwar hat der Staatssekretär seine Mitteilung mit einem gewissen Skeptizismus begleitet, aber auch er meinte doch, die Friedensansprüche wären dadurch erheblich besser geworden. Unsere Pflicht muß es sein, dafür zu sorgen, daß diese Hoffnungen nicht von neuem zusammenbrechen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wir hatten es auch nicht für richtig, daß man die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen in Brest-Litowsk nur auf der russischen Seite setzen will. (Sehr wahr! h. d. Soz. Hört, hört! und lautes Jauchen rechts.) Es ist gut, wenn wir der Wahrheit ins Gesicht sehen und dafür sorgen, daß bei weiteren Verhandlungen nicht wieder dieselben Fehler begangen werden. Das Ziel, das es zu erreichen gilt, ist so hoch und wertvoll, daß, wenn es nicht erreicht wird, wir nicht in dem Gefühl dastehen dürfen, als hätten wir nicht volle Schuldlosigkeit getan. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Das Verfahren, mit dem man in Brest-Litowsk das Selbstbestimmungsrecht durchzuführen wollte, haben wir nicht in allen Punkten für richtig gehalten. Wir hoffen, daß in Zukunft nicht wieder dieselben Schwierigkeiten notwendig gemacht werden. In der alldeutschen, konfessionslosen Presse hat man die

Schluß am Scheitern der Verhandlungen

darin gefunden, daß Trozki und die russische Delegation ernstlich gar keinen Frieden, sondern die Sache nur verschleppen wollten. (Sehr wahr! rechts.) Wie unrichtig das ist, beweist der Funkspruch. (Lautes Gelächter rechts.) Wie werde dem Beweis dafür antreten. Sie sind der Meinung, daß das militärische Vorgehen der alldeutsche und durchschlagende Grund ist, die Bolschewiki zum Frieden zu drängen, glauben also, daß sie vorher nicht den Frieden wollten. (Sehr richtig! rechts.) Jauch: Die Revolution wollten sie! Das ist unrichtig. (Lachen rechts.) Ich muß dem entgegenhalten, um zu betonen, daß man nicht nur wenn sich in diese ganz falsche Auffassung verkennt und daher dem Frieden Schwierigkeiten bereitet, die nicht notwendig wären. Was ist die Politik der Bolschewiki gewesen? (Darauf rechts: Ruud und Entschloß.) Wir können sie schon vor dem Krieg, und es ist richtig, daß ihre Theorie auf die Herbeiführung einer inter-

nationalen Revolution ausging (Hört, hört! rechts), als Weg, den Weltkrieg zu beenden und um auch noch ganz andere Dinge zu erreichen. Es ist aber auch bekannt, daß die Bolschewiki in der ganzen sozialistischen Internationale damit in einer kleinen ver-zweifelten Minderheit geblieben sind und daß sie uns deutsche Sozialdemokraten ganz besonders scharf angegriffen haben, weil wir nicht bereit waren, auf diese Politik einzugehen, die wir für verkehrt und aussichtslos hielten. Wir haben also gar keinen Grund, die Bolschewiki etwa in Schutz zu nehmen.

Es sind nicht unsre Leute,

sie haben uns im Gegenteil stets auf das schärfste und rücksichtsloseste angegriffen. Wir billigen auch nicht ihr praktisch politisches Verfahren, ihre Methoden der Bergewaltung, den Terror, ihre Auseinandersetzung der Kontrahenten. Wir haben also keinen Anlaß, eine Lauge für die Bolschewiki einzulegen, aber es kommt darauf an, die Tatsachen richtig zu sehen, denn nur darauf kann eine richtige Politik aufgebaut werden. Welches sind diese Tatsachen? Welches ist der praktische Wesenskern der Politik der Maximilianen in Petersburg? Darauf kommt es an. Die Bolschewiki sind die einzige Partei in Rußland gewesen, die das Programm des sofortigen Friedens, wenn nicht mit, dann gegen die Entente, aufgestellt haben, und die einzige Partei, die das praktische Programm des Sonderfriedens mit den Mittelmächten aufzustellen wagten. Das charakterisiert ihre Stellung als Partei in Rußland. Mit diesem

Programm des sofortigen Friedens

haben sie die Massen in Rußland hinter sich gebracht. Diese Massen des geringen Volkes in Rußland wollen den sofortigen Frieden. Mit dem Programm der internationalen proletarischen Revolution hätten die Bolschewiki in Rußland keinen Grund hinter dem Ofen herbeigeholt, das war den Sowjets, die hinter ihnen stehen, geküßt. Der Verlauf der Dinge hat das bewiesen.

Die Gegner der Bolschewiki in Rußland haben sie zunächst ausgelacht; ihr Wille einen demokratischen Frieden mit den Zentralmächten, das gibt es gar nicht. Aber als dann die Bolschewiki ihr Friedensangebot hinausgehen ließen, kam von Österreich und Deutschland die Antwort: Jawohl, wir akzeptieren dies Programm als diskutabile Grundlage des Friedens. Diese Nachricht wurde in Rußland auf der einen Seite mit größtem Staunen und auf der andern Seite mit größtem Jubel aufgenommen. Mit Staunen auf der Seite der Gegner der Bolschewiki. Ein englischer Berichterstatter schrieb damals: Wir sind aufs höchste überrascht durch dies Ereignis, das ist ein ungeheurer Erfolg der Bolschewiki. Und als dann am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk die weitergehenden Erklärungen vom Grafen Czernin abgegeben wurden, steigerte sich der Jubel in Petersburg noch mehr. Die Bolschewiki haben das Proletariat Petersburgs zu einer großen Jubel- und Friedensfeier auf den 30. Dezember ein. Wenn die Bolschewiki den Frieden nicht wollten, warum jubelten sie dann, als der Friede in greifbare Nähe rückte? Damit entging ihnen ja die proletarische Revolution. Als dann freilich die Erklärungen vom 27. Dezember bekannt wurden, gab es eine

ungeheure Enttäuschung

und hat bei den Bolschewiki und großes Frohlocken bei ihren Gegnern. Hätten Sie (nach rechts) recht mit Ihrer Auffassung, daß die Bolschewiki nicht den Frieden sondern die Verschleppung der Verhandlungen und die proletarische Revolution gewollt hätten, so hätten die Bolschewiki am 25. Dezember trauern und am 28. frohlocken müssen.

Die Erklärungen vom 28. Dezember in Brest-Litowsk lieferten der Politik derer Wasser auf die Mühlen, die die internationale Revolution haben wollen. Daran, daß die Bolschewiki dem Volke den Frieden jaht sicher in Aussicht stellten, haben sie am deutlichsten gezeigt, daß sie Frieden wollten, aber natürlich nur einen demokratischen. Damit wären sie für etwaige Landverläufe Rußlands gegen künftige Vorwürfe gedeckt gewesen. Der 27. Dezember zerbrach ihre Hoffnungen; die Gegner der Bolschewiki triumphierten nun, ein demokratischer Friede mit Deutschland sei eben nicht möglich. Die Bolschewiki wollten einen demokratischen Rotfrieden nicht schließen, deshalb trat der internationale Revolutionsgedanke wieder in den Vordergrund. Der Jubel mögen wohl auch Verschleppungstendenzen mitgewirkt haben, aber man darf die Bolschewiki nicht nach ihm beurteilen.

Trozki hat bis zuletzt den Frieden gewollt.

Auch seine letzte Erklärung wurde in Deutschland zunächst als Friedenszeichen aufgefaßt. Schulheerern wurden heranzehlet, Glocken geläutet, Fahnen herausgehängt. Dann aber erfolgte unter militärischem Einfluß der Umkehrung. Die Militärs und die Alldeutschen wollten die Situation ausnutzen und setzten deshalb durch, daß der Waffenstillstand überreicht erklärt wurde. Dadurch wurde die russische Regierung überreicht, die noch Raum zu weiteren Verhandlungen zu haben glaubte. (Hört, hört! h. d. Soz.) Ebenso überreicht war die österreichische Regierung. Wir nehmen also weiter an, daß Rußland den Frieden will, und wenn er nicht zuhande kommt, werden wir fragen, wen die Verantwortung trifft. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Alldeutschen jubeln ja stets, wenn eine Friedensmöglichkeit zerfällt. In ihrer Presse kann man lesen, daß sie Gott auf den Knien danken, wenn das Massenmorden weitergeht. (Unruhe rechts. Zurufe: Unerhörte Entstellung!) Eine Presse, die so arbeitet, ist geradezu gemeingefährlich. (Lebh. Zustimmung links.) Jetzt sollten die militärischen Operationen eingestellt und der Ausdehnung vermindert werden, als ob wir einen Regierungswechsel wollten. Dabei wollen wir die Bolschewiki möglichst den Sonderfrieden. Das rechts von ihnen ist, sind Ententeleute. Bei den Kämpfen in Finnland, Estland und Livland handelt es sich nicht nur um nationale Gegensätze, sondern um soziale Revolutionen. In der Ukraine steht hingegen die große Mehrheit des Volkes offenbar hinter den gemäßigten Sozialisten. Aber auch dort würden wir uns auf die Sicherung der Verkehrswege beschränken und jede Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse vermeiden. Der Kritik des Abg. Gröber über das Cholmer Gebiet mögen wir uns vollkommen an. Wir wollen eine Politik, bei der die Völker ihr Schicksal selbst bestimmen.

nicht ein Militärprogramm der Gewalt. Die Militärs wollen einen neuen Balkan im großen schaffen, wir aber wünschen gerechte Verhältnisse im Osten. Alle Wünsche können natürlich dabei nicht realisiert werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der linke Vandalismus muß auf Grund eines ganz demokratischen Wahlrechts erweitert und durch Polen und Juden erweitert werden. Situen hat eine nationale Interessengemeinschaft mit dem Westen, der ihm landwirtschaftliche Produkte absetzen und Maschinen verkaufen kann. Diejenigen Parteien, die die große Masse des lettischen Volkes darstellen, sind für einen unabhängigen Staat, gegen Verdrängung und gegen Verdrängung. Jedemfalls können die Östrogen nicht mit östlichen Mitteln und Methoden gelöst werden. (Sehr gut! h. d. Soz.) Die von uns ab-

Provinz und Umgegend.

Der Arbeitsmarkt in der Provinz Sachsen.

Nach Mitteilung des Arbeitsnachweises der Provinz Sachsen-Anhalt bestand im Januar die Nachfrage nach Facharbeitern fast unbeeinträchtigt, nach ungelerten Arbeitern und in Folge der Witterungsverhältnisse nach Erd- und Bauarbeitern ließ sie merklich nach; doch wurden die durch Stilllegung der Zuckerraffinerien frei werdenden Arbeitskräfte von der Industrie noch glatt aufgenommen. In der Landwirtschaft wurden in einigen Bezirken junge Pferdebesitzer und junge Knechte, in andern verheiratete Leute verlangt. Angebot von Arbeitskräften war nur für Arbeitsstellen mit voller Verpflegung nennenswert. Das Absträmen ländlicher Arbeitskräfte in die Fabrikarbeit hat stark nachgelassen.

Auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte war im vorigen und ganzen eine Einschränkung der Arbeiterinnenbeschäftigung bemerkbar, mit Ausnahme von einigen größeren Betrieben in Burg, Dessau, Bitterberg, Kargun, Alchtersleben. Diese Nachfrage konnte außer in Burg im ganzen ohne Schwierigkeiten gedeckt werden, zum Teil aus andern Bezirken (Leipzig, Berlin, Breslau). Für Erd- und Hofarbeiten sind geeignete weibliche Kräfte kaum nachweisbar. Nachfrage nach Stellen in der Hauswirtschaft ist dagegen sehr lebhaft.

Wahlkreis Ochersleben-Halberstadt-Bernigerohe.

Halberstadt, 21. Februar. (Stadtverordneten-Sitzung.) Für den zum Militär einberufenen Protokollführer Bureaudirektor Will wurde Magistratsassistent Reins gewählt. In den Vorstand der Einweihung wurde Stadth. Günter, als Stellvertreter Stadth. Knöke gewählt. Für einen neuen Kohlenbrucher für das Gaswerk wurden 16 000 Mark und für die Instandsetzung einer Dampfmaschine für die Fällfabrik 1496 Mark bewilligt. Beantragt wurde vom Magistrat die Erhöhung der Preise für Wasser in der Bademast. Die Erhöhung wird begründet mit den gestiegenen Preisen für Kohlen usw. Der Haushaltsplan der Bademast erfordert für 1918 einen Zu- schuß von über 33 000 Mark, das ist gegen 1917 ein Mehr von 12 500 Mark und gegen die Jahre vor Ausbruch des Krieges ein Mehr von 23 000 Mark. Die Erhöhung der Wasserpreise würde etwa 14 000 Mark bringen, so daß ein Zu- schuß von 18 000 Mark noch erforderlich sein würde. Neben den Erhöhungen für Jahres- zahlen usw. sollen die Nacharbeiten für Benutzung des Baus für Erdarbeiten von 40 auf 50 Pfg. für Kinder von 20 auf 25 Pfg. erhöht werden. Die Preise für das Volkshaus bleiben wie bisher für die Einzelkassen 15 Pfg., für zehn Karten 120 Mark. Das Banneubau 2. Klasse soll von 50 auf 60 Pfg., Dampfbad von 2 Mark auf 2,50 Mark, Branjebad von 10 auf 15 Pfg. erhöht werden. Die Änderungen sollen am 1. April in Kraft treten. Gewisse Gerichte erlaube an, daß eine Erhöhung der Preise infolge der Verteuerung aller Materialien nicht zu un- gehen ist. Daß keine Verteuerung des Volkshaus eintritt, sei er- wünscht. Ungerecht sei es aber, daß gerade die Familien, die wichtigend von Kindern der minderbemittelten Kreise benutzt werden, von 10 auf 15 Pfg. erhöht werden sollen. Die 1900 Mark, die dadurch mehr eingenommen werden, kann die Stadt nicht- er beantragt, den alten Preis für Banjebäder bestehen zu lassen. Gegen den Antrag sprach Stadth. Gail, Stadth. Barthauer und der Vorsitzende Dr. Franke. Letzterer meinte, daß auch bei andern öffentlichen Einrichtungen die Preise erhöht werden müß- ten, und da sei es nicht richtig, etwa nur die wohlhabenden Kreise davon zu befreien. Die Arbeiter können die Erhöhung aus- halten, da sie ja auch Geld für das Kino übrig haben. Ge- wisse Gerichte ersuchte darauf, daß der Versuch des Rins für die Arbeiter die einzige Unterbrechung und Erholung von ihrer jährlichen Arbeit ist, so daß ihnen das behobene Vergnügen wohl zu tun sei. Die Verteuerung der Banjebäder, die mit 10 Pfg. teuer genug bezahlt werden, bedeute eine Schwächung der Volksgesundheit. Wenn für das Stadthaus, das viel mehr von Wohl- habenden besucht wird, ein Zu- schuß aus allgemeinen Mitteln von 30 000 Mark geleistet wird, könne man sehr wohl auch die geringe Verteuerung aus den Banjebädern bezichtigen. Nach einer Erklärung von Dr. Franke, daß er den Antrag zurück zu ziehen bereit sei, wurde der Antrag erledigt ab- gelehnt und die beantragten Erhöhungen angenommen. Zu Stadthaus sollen von zwei Dienststellenbesitzern 20 Sommer- Bauplätze gegeben werden. Die Stadthausarbeiten könnten den zu noch benötigten für dieses Jahr 5000 Mark.

(Ausräucherer gesucht.) Zum Ausräumen der „Kasseler“ sind eine Ausräucherer gesucht. Meldungen werden Redaktions- 63 und Hausnummer 51 bei Krüger entgegen- genommen.

(Bahnanfall bei Ströbed.) In der Nacht zum Sonntag hat sich auf der Bahnstrecke Halberstadt-Bernigerohe ein Bahnanfall ereignet. Ein Güterzug fuhr auf der Strecke Ströbed nach Bernigerohe. Der Lokführer bemerkte, daß der Güterzug auf der Strecke Ströbed nach Bernigerohe fuhr. Der Lokführer bemerkte, daß der Güterzug auf der Strecke Ströbed nach Bernigerohe fuhr. Der Lokführer bemerkte, daß der Güterzug auf der Strecke Ströbed nach Bernigerohe fuhr.

(Grubeliste.) Schöpfung erfolgt für die Schöpfung der Grubeliste 17 und 18 Nummer 101-1050 in den Schöpfungsbüchern von Dorothea, Janna, Rosa und Rosa.

Bernigerohe, 21. Februar. (Anmeldung.) Für die zum Militär einberufenen Protokollführer Bureaudirektor Will wurde Magistratsassistent Reins gewählt. In den Vorstand der Einweihung wurde Stadth. Günter, als Stellvertreter Stadth. Knöke gewählt. Für einen neuen Kohlenbrucher für das Gaswerk wurden 16 000 Mark und für die Instandsetzung einer Dampfmaschine für die Fällfabrik 1496 Mark bewilligt. Beantragt wurde vom Magistrat die Erhöhung der Preise für Wasser in der Bademast. Die Erhöhung wird begründet mit den gestiegenen Preisen für Kohlen usw. Der Haushaltsplan der Bademast erfordert für 1918 einen Zu- schuß von über 33 000 Mark, das ist gegen 1917 ein Mehr von 12 500 Mark und gegen die Jahre vor Ausbruch des Krieges ein Mehr von 23 000 Mark. Die Erhöhung der Wasserpreise würde etwa 14 000 Mark bringen, so daß ein Zu- schuß von 18 000 Mark noch erforderlich sein würde. Neben den Erhöhungen für Jahres- zahlen usw. sollen die Nacharbeiten für Benutzung des Baus für Erdarbeiten von 40 auf 50 Pfg. für Kinder von 20 auf 25 Pfg. erhöht werden. Die Preise für das Volkshaus bleiben wie bisher für die Einzelkassen 15 Pfg., für zehn Karten 120 Mark. Das Banneubau 2. Klasse soll von 50 auf 60 Pfg., Dampfbad von 2 Mark auf 2,50 Mark, Branjebad von 10 auf 15 Pfg. erhöht werden. Die Änderungen sollen am 1. April in Kraft treten. Gewisse Gerichte erlaube an, daß eine Erhöhung der Preise infolge der Verteuerung aller Materialien nicht zu un- gehen ist. Daß keine Verteuerung des Volkshaus eintritt, sei er- wünscht. Ungerecht sei es aber, daß gerade die Familien, die wichtigend von Kindern der minderbemittelten Kreise benutzt werden, von 10 auf 15 Pfg. erhöht werden sollen. Die 1900 Mark, die dadurch mehr eingenommen werden, kann die Stadt nicht- er beantragt, den alten Preis für Banjebäder bestehen zu lassen. Gegen den Antrag sprach Stadth. Gail, Stadth. Barthauer und der Vorsitzende Dr. Franke. Letzterer meinte, daß auch bei andern öffentlichen Einrichtungen die Preise erhöht werden müß- ten, und da sei es nicht richtig, etwa nur die wohlhabenden Kreise davon zu befreien. Die Arbeiter können die Erhöhung aus- halten, da sie ja auch Geld für das Kino übrig haben. Ge- wisse Gerichte ersuchte darauf, daß der Versuch des Rins für die Arbeiter die einzige Unterbrechung und Erholung von ihrer jährlichen Arbeit ist, so daß ihnen das behobene Vergnügen wohl zu tun sei. Die Verteuerung der Banjebäder, die mit 10 Pfg. teuer genug bezahlt werden, bedeute eine Schwächung der Volksgesundheit. Wenn für das Stadthaus, das viel mehr von Wohl- habenden besucht wird, ein Zu- schuß aus allgemeinen Mitteln von 30 000 Mark geleistet wird, könne man sehr wohl auch die geringe Verteuerung aus den Banjebädern bezichtigen. Nach einer Erklärung von Dr. Franke, daß er den Antrag zurück zu ziehen bereit sei, wurde der Antrag erledigt ab- gelehnt und die beantragten Erhöhungen angenommen. Zu Stadthaus sollen von zwei Dienststellenbesitzern 20 Sommer- Bauplätze gegeben werden. Die Stadthausarbeiten könnten den zu noch benötigten für dieses Jahr 5000 Mark.

(Es braucht nicht gesund zu sein.) In einer Rede von Dr. Franke, in der die Gefahr von Feind- schäften, die nicht nur, Galt für Schöpfung zu lassen, auf-

gefordert werden, heißt es zum Schluß: „Das Holz braucht nicht gesund zu sein.“ Da darf es allerdings nicht wunder- nehmen, wenn fortgesetzt Klagen über mangelnde Holzbarkeit der Holzbohlen laut werden. Ist es doch vorgekommen, daß diese schon nach einigen Tagen gespalten waren. Wenn man bedenkt, daß diese Holzbohlen Phantasiereise lösten, dann kann man sich vorstellen, wie einem Familienvater oder einer Kriegertau- stante ist beim Einkauf solcher Ware.

(Regen übermäßiger Preissteigerung.) Für Schuhwaren wurde der Schuhwarenfabrikant Friedrich H. H. H., Burgstraße 21, zu 75 Mark Geldstrafe evtl. 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Für das gleiche Vergehen beim Verkauf von Bonbons erhielt die Kaufmannsfrau Anna Fischer, Burg- straße 31, 372 Mark Geldstrafe evtl. 25 Tage Gefängnis.

(Der eingeschlagene Dieb.) Auf dem Personen- bahnhof in Gerdorf bei Stapelburg verübte in einer der letzten Nächte ein Schloffer einen Einbruch. Durch ein Kellertuch gelangte er in den Wein- und Speisekeller. Hier tat er sich an dem vorhandenen Wein an, und da er durch das Zerbrechen des Sittens nicht wieder herauskam, legte er sich kurzgehand zum Schlafen nieder. So fand man ihn am anderen Morgen. Als man ihn festnehmen wollte, setzte er sich zur Wehr, wurde aber schließlich überwältigt und dem Amtsgericht zugeführt.

Wahlkreis Jericho 1 und 2.

Burg, 21. Februar. (Die Volksfürsorge.) Die hiesige Nachsorgestelle der Volksfürsorge hat sich trotz des Krieges gut entwickelt. Ueber tausend Beschäftigungsbefehle mit 180 000 Mark sind seit Beginn des Geschäftsbetriebs abgeschlossen worden. Dabei entstanden auf des verflochtenen Jahr 369 Abschlüsse. Für die Kriegsversicherungsgasse gingen 365 Mark ein. Jede Familie sollte ihre im Jahre stehenden Angehörigen versichern. Der An- teilshöhe kostet 5 Mark. Doch können bis 20 Anteilshöhe für jeden Kriegsteilnehmer gelöst werden. Die guten Erfolge sind ein deutlicher Beweis, daß die Volksfürsorge das Vertrauen der gesamten arbeitenden Bevölkerung besitzt. Jeder, auch der Minde- bemittelte, sollte sich und seine Angehörigen versichern, um die Zukunft seiner Familie abzusichern. Der Versuch von Geldern ist bei der Volksfürsorge vollständig ausgeschlossen. Anträge werden entgegengenommen im Arbeitersekretariat, Ober- straße 46, sowie in der Rechnungsstelle, Schulstraße 14. Auch wird dort jede Auskunft gern erteilt.

Wahlkreis Salze-Nachleben.

Salze, 21. Februar. (Die Stadtverordneten- Sitzung.) Für die zu Ratsherren gewählten Stadtverordneten Kollmer in der dritten, Delle von der zweiten Abteilung findet am 21. März im „Garten Stern“ statt. Die dritte Abteilung wählt von 11 bis 1 Uhr, die zweite von 4 bis 4 1/2 Uhr. Die Wahl- zeit für die dritte Abteilung ist recht ungenügend, da die meisten Wähler in der Kriegsdienstzeit anwesend beschäftigt sind. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Wahlzeit in die späten Nachmittagsstunden gelegt wird.

(Käsearten.) Am Freitag vormittag 9 Uhr wird im Rathaus auf die vorgelegenden Lebensmittelkarten 1186 bis 1190 je eine Käsekarte verabschiedet. Auf jede Karte wird ein Stroh- läge für 50 Pfg. in der hiesigen Speisekarte-Ausgabe am Freitag nachmittag von 2 bis 5 Uhr verkauft.

Salze, 21. Februar. (Vand der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.) Die hier vor einigen Tagen ins Leben getretene Ortsgruppe hielt eine Versammlung ab. Aus den Ansprüchen des Vorsitzenden konnte entnommen werden, daß von vielen Seiten beachtet wird, den gerächten Beschwerden entgegenzutreten. Besonders trifft dies zu auf einige Vorkämpfer, die in anomalen Zuständen den Nachbarn des Versammlungsbüros aufstehen. Die Kriegs- beschädigten tun sich zu helfen. Der Rat selbst ist Kriegs- beschädigter. Die Kameraden wollen ihn deshalb unterstützen. Für die Kriegsteilnehmer am Orte muß es daher für die Kriegs- teilnehmer eine selbstverständliche Pflicht sein, eifrig für den Wand einzutreten. Wir fordern nicht Dank, sondern Rechte. Die nächste Versammlung findet am 1. März, abends 8 Uhr, im Sozial-Haus statt.

Salze, 21. Februar. (Öffentliche Versamm- lung.) Auf die für kommenden Sonntag im Anstalt genannte öffentliche Versammlung verweisen wir an dieser Stelle. (Siehe Zeitung.)

Salze, 21. Februar. (Der Bund der Kriegs- beschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.) Die hier vor einigen Tagen ins Leben getretene Ortsgruppe hielt eine Versammlung ab. Aus den Ansprüchen des Vorsitzenden konnte entnommen werden, daß von vielen Seiten beachtet wird, den gerächten Beschwerden entgegenzutreten. Besonders trifft dies zu auf einige Vorkämpfer, die in anomalen Zuständen den Nachbarn des Versammlungsbüros aufstehen. Die Kriegs- beschädigten tun sich zu helfen. Der Rat selbst ist Kriegs- beschädigter. Die Kameraden wollen ihn deshalb unterstützen. Für die Kriegsteilnehmer am Orte muß es daher für die Kriegs- teilnehmer eine selbstverständliche Pflicht sein, eifrig für den Wand einzutreten. Wir fordern nicht Dank, sondern Rechte. Die nächste Versammlung findet am 1. März, abends 8 Uhr, im Sozial-Haus statt.

Salze, 21. Februar. (Der Bund der Kriegs- beschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.) Die hier vor einigen Tagen ins Leben getretene Ortsgruppe hielt eine Versammlung ab. Aus den Ansprüchen des Vorsitzenden konnte entnommen werden, daß von vielen Seiten beachtet wird, den gerächten Beschwerden entgegenzutreten. Besonders trifft dies zu auf einige Vorkämpfer, die in anomalen Zuständen den Nachbarn des Versammlungsbüros aufstehen. Die Kriegs- beschädigten tun sich zu helfen. Der Rat selbst ist Kriegs- beschädigter. Die Kameraden wollen ihn deshalb unterstützen. Für die Kriegsteilnehmer am Orte muß es daher für die Kriegs- teilnehmer eine selbstverständliche Pflicht sein, eifrig für den Wand einzutreten. Wir fordern nicht Dank, sondern Rechte. Die nächste Versammlung findet am 1. März, abends 8 Uhr, im Sozial-Haus statt.

rufen und Beifall der Anwesenden fertigte der Redner die fertige ab, die es gelang haben, in einer Vaterlandspartei-Ver- sammlung in Berlin die Kriegsbeschädigten zu verurteilen und zu beleidigen. Wer sich von den Anwesenden mit den vorgelegenen Zwecken und Zielen des Bundes ein- verstanden erkläre, der müsse, so schloß der Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag, Mitglied des Bundes werden. Der Aufforderung leisteten fast alle anwesenden Kriegs- beschädigten Folge. In der Aussprache kam die bezeichnende An- frage, welche Tendenz der Bund verfolgen. Einige Anwesende fürchteten sich, durch ihren Beitritt die Arbeitsstelle zu verlieren. Redner antwortete: Der Bund ist parteipolitisch und religiös- neutral. Im übrigen müsse es jeder mit sich selbst abmachen, ob er beitreten wolle oder nicht. Die Arbeiterschaft habe sich auch gegen den Willen der Arbeitgeber organisiert und es zu achtung- gebietender Macht gebracht. Hierauf konstituierte sich die hie- sige Ortsgruppe. Als 1. Vorsitzender wurde G. Poppen, als 2. Vorsitzender W. Behrendt gewählt. Als Kassierer fungiert W. Neumann, als Schriftführer Fr. Müller. Beifällig wurde G. Schaff. Zu Redatoren wurden G. Neumann und Fr. Neumann gewählt. Den Beiträgen wird auf Antrag ein Zuschlag für Sozialwerke in Höhe von 20 Pfg. zugelegt, so daß der Mo- natsbeitrag 70 Pfg. beträgt, der hierorts zu entrichten ist. Im nächsten Sonntag vormittag soll im „Stadtspark“ eine Mitglieder- versammlung stattfinden, die zu dem Oster in Weimar statt- findenden Bundeskongress Stellung nimmt. Der Bund kann mit dem Erfolg zufrieden sein. Ein schöner Geist der Kameradschaft besetzte die Anwesenden, die zum größten Teile mit dem Eisen- kreuz ausgezeichnet waren. Beitrittsanmeldungen werden ent- gegengenommen bei G. Poppen, Steinstraße 23, und W. Neumann, Bahnhofsstraße 28, beide in Schönebeck, sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern.

Schönebeck, 21. Februar. (Fleischarten-Ausgabe) findet am Freitag bei den Vertrauensmännern statt. An Stelle des verstorbenen Herrn Bienenreder wird die Ausgabe für den 17. Bezirk Herr Rieckert, Bismarckstraße 1 b, besorgen.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 21. Februar. (Heringe) gelangen in nächster Zeit (1/4 Pfund für die Person) auf Ausweisskarte 8150 bis 9600 und 1 bis 550 zum Verkauf. Die Lebensmittelkarte 46 muß in den Ge- schäften Dult, Südwall, Osterburg, Scherping (Langermünder Straße), Fiedler, Müller, Mähling, Simon (Röge), Beder, Behn, Ehler, Koch (Arbeiter Straße), Puls, Wedding (Bismarckstraße), Herre (Upphall), Allgemeiner Konsumverein und im Wareneinkaufverein abgegeben und die Karte 47 abgeliefert werden. Die Karten müssen bis 22. d. M. im Rathaus abgeliefert werden.

Langermünde, 21. Februar. (Opfer des Eises.) Der 11jährige Walter Sprenger und sein 8 Jahre alter Bruder Karl waren am Dienstag auf das Eis des Langers gegangen. Als Karl Sprenger die erst in der Nacht entstandene Eisdicke des Langergrabens betrat, brach er ein und verlor vor den Augen seiner Kameraden und seines Bruders. Dieser sprang ihm gleich nach, um ihn zu retten. Da ihm aber keine Hilfe gebracht wurde, mußte auch dieser tapferen Junge bei seinem Rettungswerk umkommen. Den beklagenswerten Eltern wird allgemeine Teilnahme entgegengebracht.

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 21. Februar. (Fleischverkauf) erfolgt auf dem hiesigen Schlachthof am Sonnabend von 9 bis 10 Uhr für Nr. 801 bis 1200, 10 bis 11 Uhr 1201 bis 1600, 11 bis 12 Uhr 1601 bis 1800, 12 bis 1 Uhr 1901 bis 2300, 2 1/2 bis 3 Uhr 2301 bis 2500, 3 bis 4 Uhr 1 bis 400, 4 bis 5 Uhr 401 bis 800. Die Wochenmenge beträgt 150 Gramm.

(Käseverkauf.) Auf Abschnitt 2 der Käsekarte gelangen 3 Käse zum Verkauf bei Günther Nr. 3001 bis 3325, Heinrichs 3326 bis 3650, Hermann 3651 bis 3975, Heuer 3976 bis 4300, Heisinger 4301 bis 4625, Klein 4626 bis 4950, Krol 4951 bis 5275, Koch 5276 bis 5600, Konsumverein 5601 bis 5925, Lies 5926 bis 6250, Lüder 6251 bis 6575, Moosdorf 6576 bis 6900, Nord 6901 bis 7225, Ohnesorge 7226 bis 7550, Rudo 7551 bis 7875, Scharf und auf Abschnitt 3 der Käsekarte 1 bis 225, Röhl 226 bis 550, Schmidt 551 bis 875, Stein 876 bis 1200, Stiel 1201 bis 1525, Termedde 1526 bis 1850, Thuncke 1851 bis 2175, Uebe 2176 bis 2500.

(Rein Landfriedensbruch.) Vor dem Schwurgericht Stendal hatten sich die Ehefrauen F. G., M. R., M. P., M. F., M. H. von hier wegen schweren Raufbruchs bzw. wegen schweren Landfriedens- bruchs zu verantworten. Die Geschwornen berurteilten die Schuld- fragen wegen Raufbruchs und Landfriedensbruchs, bejahten dagegen die des Widerstandes gegen die Staatsgewalt unter Zuhilfenahme mildernder Umstände bezüglich der Angeklagten G., R., P. und F. Gegen die An- geklagte R. lautete der Spruch der Geschwornen auf Nichtschuldig. Das Gericht sprach daher die R. frei, und verurteilte die G., R., P. und F. zu je 2 Wochen Gefängnis.

*Wißt man Milch und
Blut auf Gold gefod
zum Ringen.
Max Kruse
18.1.18.*

Geld- und Silberanleihe. Große Markstraße 6, l. verti- kalisch geöffnet von 10 bis 12 1/2 Uhr, und bekannter Gültigkeit. den ganzen Tag geöffnet. 053

Schneebänder
...
Wollens Brausen
...
Reise
...
Cohen Ihre
...
Ohren nicht
...
Fr. Pöhlitz

C. Siebert
...
Umpreßhüte
...
Carl

Bettmatten
...
Carl

Elektrische Lampen
...
Perlfrausen
...
Otto Schultze

Perlfrausen
...
Otto Schultze

Erich Renner
...
Carl Renner

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Blüthner, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Bill Plumhoff, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. — Für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungsbetriebsstelle Seite 416. — Preis pro Quartal 3.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. ohne Postgebühren. Einzelhefte 10 Pf. — Anzeigengebühren: die 1. Zeile 25 Pf., die 2. bis 4. Zeile 20 Pf., die 5. bis 10. Zeile 15 Pf., die 11. bis 20. Zeile 10 Pf., die 21. bis 30. Zeile 7 Pf., die 31. bis 40. Zeile 5 Pf., die 41. bis 50. Zeile 4 Pf., die 51. bis 60. Zeile 3 Pf., die 61. bis 70. Zeile 2 Pf., die 71. bis 80. Zeile 1 Pf., die 81. bis 90. Zeile 1 Pf., die 91. bis 100. Zeile 1 Pf. — Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer: Nr. 525 Berlin.

Nr. 45.

Magdeburg, Freitag den 22. Februar 1918.

29. Jahrgang.

Wetterfahnen.

Die Mittwoch-Debatte des Reichstags hat durch den russischen Funkpruch Bedeutung bekommen, der Stückweise erst vom Staatssekretär v. Kühlmann und dann von unserm Parteigenossen Dr. David bekanntgegeben wurde. Kühlmann verlas aus diesem Funkpruch, der von Lenin unterzeichnet ist, den Passus, der an der Spitze der gestrigen Nummer veröffentlicht wurde.

Genosse Dr. David teilte später mit, daß der von Kühlmann wiedergegebene Text nicht vollständig sei, und daß er mit folgendem Satze beginne: „Der Rat der Volkskommissare

protestiert gegen das Vordringen der deutschen Truppen,

das die Sowjetregierung nicht erwarten konnte, da der Waffenstillstand von keiner Seite vertragsgemäß 7 Tage vorher gekündigt war. Der Rat der Volkskommissare sieht sich gezwungen zu erklären, daß...“ und nun folgt der von Kühlmann gegebene Text.

Man kann dem Staatssekretär nicht den Vorwurf ersparen, daß er den Funkpruch selber vollständig hätte mitteilen müssen. Zum Verständnis der Haltung der Petersburger Regierung ist der erste von David wiedergegebene Passus sehr wichtig. Durch ihn erklärt die russische Regierung, daß sie aus dem neuen militärischen Vorgehen Deutschlands die Schlussfolgerung ziehe, es bleibe ihr nunmehr nichts andres übrig, als sich der Gewalt zu unterwerfen.

Es hätte zweifellos mehr im Interesse des Deutschen Reiches gelegen, wenn schon die Verhandlungen von Brest-Litowsk zu einem befriedigenden Abschluß geführt hätten. Hätte die russische Regierung damals erklärt, daß man sich friedlich und schließlich geeinigt habe, und daß Rußland in keiner Weise bergewaltigt worden sei, so hätte das unendlich

viel zur Hebung des deutschen Ansehens beigetragen und den

Friedensströmungen im Westen zu raschem Siege verholfen. Jetzt erklärt die russische Regierung, die von Deutschland gestellten Bedingungen, die sie vordem als imperialistisch bezeichnete, annehmen zu müssen, weil ihr angeichts des plötzlichen erneuten Vordringens der deutschen Truppen nichts andres übrigbleibt.

Trotz alledem muß natürlich dringend gewünscht werden, daß der Friede wenigstens jetzt, und zwar so schnell wie möglich, zustande kommt. Sein Wert wird davon abhängen, wie lange es in Rußland eine Regierung geben wird, die diesen Frieden zu halten gewillt ist. Diese Haltbarkeit des zu schließenden Friedens hängt von zwei Umständen ab: von der Dauer des Bolschewikeregiments und von dem Inhalt des Friedensvertrags selbst. Er wird gehalten werden, wenn er der großen Masse des russischen Volkes erträglich dünkt, er wird gebrochen werden, wenn einflußreiche Schichten ihn für unerträglich halten, und den Zeitpunkt für seine gewaltsame Revision für gekommen erachten.

Alle Welt ist sich darüber einig, daß das Bolschewikeregiment in Rußland kaum mehr von langer Dauer sein dürfte. In derselben Reichstagsitzung, in der der russische Funkpruch bekannt wurde, zirkulierten auch schon Gerüchte, daß Lenin und Trotzki gekürzt seien, und daß ein sozialrevolutionäres Kabinett unter Tschernomys Führung an ihre Stelle getreten sei. Solche Gerüchte sind aber in der letzten Zeit schon so oft verbreitet worden, daß sie an Glaubwürdigkeit stark eingebüßt haben. Jedenfalls waren die Bolschewiki noch am letzten Montag an der Macht, sonst hätten sie doch nicht telegraphieren können, und auch die Petersburger Telegraphen-Agentur funktionierte noch am Dienstag zu ihren Gunsten.

Ein Regierungswechsel in Rußland, der jeden Tag eintreten kann, würde

zu neuen Verwicklungen führen,

und darum ist es rätselhaft, den Frieden noch vor ihm in die Scheune zu bringen. Lenin erklärt sich jetzt mit den Bedingungen des Vierbundes von Brest-Litowsk einverstanden, d. h. er willigt darin ein, daß Polen, Litauen, Kurland und Teile von Estland von Rußland abgetrennt werden. Sollte diese Abtrennung erfolgen, so müßte sich die deutsche Sozialdemokratie mit allen Kräften dafür einsetzen, daß den „befreiten“ Völkern nun auch wirkliche Freiheit, wirkliches Selbstbestimmungsrecht gegeben wird.

Aber schon macht sich eine Strömung bemerkbar, die mit den Brest-Litowsker Friedensbedingungen nicht mehr einverstanden ist, sondern verlangt, die deutsche Regierung sollte jetzt die Schraube stärker anziehen. Sie solle auch die

Abtrennung ganz Estlands und Livlands

und die Kämmung Finnlands und der Ukraine von der roten Garde fordern. Darüber wären natürlich neue Verhandlungen notwendig, da sich die Petersburger Regierung nur mit den Bedingungen von Brest-Litowsk, nicht aber mit mehr einverstanden erklärt hat. Auch diese Verhandlungen könnten dann wieder ins Stocken geraten, abgebrochen werden, und mit der Wiederaufnahme des Kriegszustandes abschließen. Das deutsche Volk, das keine Einmischung in die innern Verhältnisse fremder Staaten, keine Vergewaltigung seiner Nachbarn will, sondern nichts als den raschen und dauerhaften allgemeinen Frieden, muß seinen Protest erheben gegen eine Politik, die den Friedensschluß erschwert und die Aussichten für seine Dauerhaftigkeit untergräbt.

Peitschenhieb statt Recht!

Die Monarchisten des Dreiklassenhauses haben ihrem König keine Wahlrechtsvorlage vor die Füße geworfen: Im Verfassungsausschuß haben Konservern, Freikonservern und zwei Drittel der Nationalliberalen den konserverativ-freikonserverativen Antrag auf Einführung eines Mehrstimmensrechts — mit 20 gegen 15 Stimmen — angenommen, und damit die Regierungsvorlage, die das gleiche Wahlrecht bringen sollte, für erledigt erklärt.

Die Herren sind sich darüber klar, daß dieser Beschluß einen

Faustschlag für das Volk

darstellt, daß er insbesondere die Kriegsteilnehmer draußen aufs tiefste erbittern muß. Sie wissen ferner, daß sie durch ihren Beschluß die Regierung aufs schärfste brüskieren, die eben noch durch ihren Vizepräsidenten erklärt hatte, daß das Pluralwahlrecht für sie unannehmbar sei. Das alles wußten sie und trotzdem beschloßen sie, dem König, der Regierung, dem Volke, den Kriegern draußen diesen Faustschlag zu verjäten, nach dreieinhalb Jahren blutigsten Krieges und furchtbaren Entbehrungen des Volkes statt des Dreiklassen- ein Sechsklassenwahlrecht einzuführen. Bei den Konservern und Freikonservern war diese Provolation zu erwarten. Eine Partei, die durch ihre Rede in öffentlicher Jubel-Versammlung erklären läßt, ihr Ideal sei

ein Reichskanzler, der schießen lasse,

eine Partei, die der Meinung ist, daß das Wahlrecht der Masse die Herrschaft der Gasse bedeutet, eine solche Partei war natürlich nicht imstande, trotz aller „Königstreue“ das gleiche Wahlrecht zu schlucken.

Den Ausschlag aber gaben bei der Abstimmung vier Nationalliberale, deren Namen zu ewiger Schande hier festgenagelt seien: Rohmann, Gansmann, Künzler und Köhling! Zwei ihrer Fraktionsgenossen, Ludewig und Schröder (Kassel), stimmten gegen den Pluralwahlrechtsantrag, was in diesem Falle bedeutet: für das gleiche Wahlrecht. Man muß die Tatsache, daß die Dreiklassen-Nationalliberalen in ihrer Mehrheit das gleiche Recht

zu Fall bringen helfen, deutlich und klar herausheben. Trotzdem drei ihrer führenden Geister — Friedberg, Krause, Schiffer — in die auf das gleiche Wahlrecht verpflichtete Regierung eingetreten sind, trotzdem hat noch am Mittwoch eine Fraktionsabstimmung mit 44 gegen 25 Stimmen die Regierungsvorlage verworfen. So kommen in der Kommission die vier als Vertreter der 44 für den konserverativen Antrag stimmenden, der nichts andres bedeutet als Peitschenhiebe für das kämpfende, darbenende Volk, aber Zunderbrot für Kriegsmüderer aller Art.

Denn, um es ganz klarzumachen: der konserverative Antrag will statt der bestehenden drei Klassen nicht weniger als

sechs Wählerklassen

schaffen, nämlich:
1. Eine Grundstimmme für jeden Wähler, ferner je eine Zusatzstimmme;
2. für Lebensalter (50 Jahre) und mindestens drei erwachsene Kinder;
3. für Vermögen;
4. für Einkommen;
5. für selbständige Erwerbstätigkeit;
6. für Schulbildung.

Kriegsgewinnler also, auf welche die künftlichen Forderungen zutreffen, erhalten bis zu sechs Stimmen, während für die Kriegsteilnehmer, die jahrelang im Schützengraben zubrachten, nicht einmal die Jahresstimmme sicher ist, da sie ja abhängig sein soll von dreijähriger Staatszugehörigkeit und einjähriger Wohndauer in der Gemeinde!

Die Regierung hat wiederholt angefündigt, daß sie alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden werde, um dem verprochenen gleichen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen. Jetzt ist es Zeit, zu zeigen, daß sie nicht nur gegen streifende Arbeiter „stark“ sein kann. Wird sie denen, die einen Reichskanzler zum Schießen wünschen, jetzt die Jahre zeigen, oder wird sie vor dem Sturmwind der Herdebrand, Lübbe, Rohmann zusammenknicken. Wir warten auf den Entscheid!

Die Ablehnung.

In der Mittwoch-Sitzung des Verfassungsausschusses ließ ein nationalliberaler Antrag ein, der ein Dreiklassenwahlrecht nach Art des Wahlrechts für die Gemeindevertretungen und daneben den Proporz in gemischtsprachigen Landesteilen vorsieht. Ein Parteiparteiler führte aus: Der ganze preussische Verwaltungssapparat ist von konserverativem Geiste beiseit. Unter dem gleichen Wahlrecht werden wir wahrscheinlich eine Mehrheit haben, die so aussehen wird wie die jetzige Reichstagsmehrheit. Darauf kann sich dann die Regierung stützen, und Preußen wird dabei nicht zugrunde gehen. Er hoffe, daß Dr. Friedberg nicht von der Erklärung, die er und die Regierung abgegeben haben, abweichen will, es wäre auch

zu unverständlich.

Der Minister des Innern habe ausdrücklich erklärt, daß nur ein gleiches Wahlrecht im Sinne des Reichswahlrechts in Betracht kommen könne, und daß jeder andre Versuch unannehmbar sei. Die Fortschrittler werden für keinen Pluralantrag stimmen, auch nicht für den Dreiklassenantrag des Nationalliberalen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg antwortet, er habe letzten nur ausführen können, daß die Prüfung der Fragen des nationalliberalen Redners Sache des Staatsministeriums ist. Diese Prüfung hat inzwischen stattgefunden. Alle Vorschläge für Zusatzstimmen bedeuten eine Begünstigung, die ja gerade durch die Reform des alten Wahlrechts beseitigt werden soll. Aus diesen Gründen vermag die künftliche Staatsregierung in den angegebenen Vorschlägen eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erblicken. Sie würde die Zweck, die die Antragsteller im Auge haben, nicht fördern, sondern teils

unvermeidliche Nachteile

in die Vorlage hineintragen, teils das Wahlrecht viel härter demokratisieren als der vorliegende Gesetzentwurf. Dazu kommt noch eine weitere Erwägung. Die Vorschläge sollen durchgeführt werden auf Grund von Zusatzstimmen. Dadurch wird in weiten Kreisen unseres Volkes die Auffassung entstehen, daß die Grundlage des Gesetzentwurfs, das gleiche Wahlrecht, verlassen und auf ein Pluralwahlrecht zurückgegriffen werden sollte. Das kann aber

weiterhin gebrauch, hat. Wir sind nach West gekommen mit dem Wunsche nach allgemeinem Frieden. Aber sagen Sie selbst, ob die Ukraine ein eben entstandener Staat bei ihren Kräften einen selbständigen Einfluß auf sein Zustand bekommen haben konnte? Aber hoffentlich wird auch der Separatfriede den allgemeinen Frieden fördern.

Auf die Frage, ob die ukrainischen Sozialisten mit einem wirtschaftlich-politischen Kampf gegen den Bolschewismus führen, der ob sie nicht auch für eine Loslösung von Rußland eintreten, antwortete Professor Ostapenko: Die Rada hat selbst als erste die Schaffung eines föderativen Staates angeregt. Jetzt ist ein föderativer Staat unmöglich geworden, wir erstreben nur noch ein Zollbündnis.

Frage: Gilt diese Forderung nur für die Regierungsdauer der Bolschewisten?

Antwort: Auch darüber hinaus. Denn nach unserer Voraussetzung wird auf den Bolschewismus die Reaktion in Gestalt der Monarchie folgen. Aber selbst mit einem republikanischen Rußland erstreben wir nur ein Zollbündnis. Denn auch in ökonomischer Beziehung ist Rußland keine Einheit, sondern ein Koloss auf tonernen Füßen. Welche wirtschaftliche Interessengemeinschaft gibt es zwischen Kiew und Wladimirost oder Archangel? Wenn in den früheren Rundgebungen der Rada dieser Standpunkt nicht hervorgetreten ist, so war das nur ein Moment der Taktik, denn im Anfang der Revolution war es gefährlich, selbst nur das Wort Autonomie auszusprechen.

Frage: Sie haben den Bolschewismus als großrussischen Import bezeichnet, gibt es nicht auch eine ukrainische bolschewistische Partei?

Antwort: Es gibt keinen einzigen Ukrainer, der im Leninischen Sinne bolschewistisch gesinnt ist. Das erkläre ich mit der großen Bestimmtheit. Gerade im Industriegebiet habe ich (Professor Ostapenko) jahrelang gewirkt und kenne die dortigen Verhältnisse genauen. Die Arbeiterparteien von Charkow und im Don-Gebiet haben das Verlangen der Rada nach nationaler Selbständigkeit gebilligt und gutgeheißen. Der Charkower Aufruf wurde erst entfaßt von bolschewistischen Regimentern, die in Charkow eindringen und dort häuften, daß sich die ehrlichen Bolschewisten dessen schämten.

Unser Vertreter ging dann noch auf den Hilferuf an die Mittelmächte ein und fragte die ukrainischen Vertreter, ob sie gegen diesen Schritt nicht naheliegende Bedenken gehabt hätten. Hierauf erklärte Ostapenko und Besnyfki, etwa folgendes:

Die Bolschewisten bekämpfen uns in der stumpfsten Weise. Ihre Armeen bestehen nicht aus Sozialisten, sondern aus den zweifelhaftesten Elementen, aus Landstreichern, Arbeitslosen, ja Zuchtäuslern. In Kiew hat man z. B. 1200 Zuchtäusler befreit und in die rote Garde eingereiht. An der Spitze der bolschewistischen Soldaten stehen die gewesenen Gendarmen der Ochrada (der zaristischen Geheimpolizei). Können wir Leute als anständige Sozialisten ansehen, die mit Hilfe der zarischen Gendarmen unser Land verheereten, die besten Köpfe des Sozialismus verhafteten und Frauen und Greise mordeten, weil sie nicht ihrer Ansicht sind? Gegenüber diesen Taten befindet sich die Ukraine im Stande der äußersten Notwehr.

Am Schlusse der Unterredung baten die ukrainischen Vertreter, dem deutschen Proletariat die besten Grüße und Wünsche der ukrainischen Sozialisten zu übermitteln.

„Schnorrer und Verschwörer“.

Der neuernannte Minister für jüdische Angelegenheiten in der ukrainischen Regierung, Dr. Silberfarb, ist, wie uns mitgeteilt wird, wirklich mit jenem Silberfarb identisch, dessen Namen seinerzeit dem Fürsten Bülow zu einem berüchtigten billigen Wagerfolg beholfen hat. Silberfarb studierte im Jahre 1904 in Berlin und betätigte sich unter dem Pseudonym Bazin als revolutionärer Publizist. Als er und mehrere seiner Gesinnungsgenossen von der preussischen Regierung ausgewiesen worden waren und Befehl im Reichstag gegen solche Liebesdienste für den Zarismus heftigen Protest erhob, antwortete ihm der damalige Reichskanzler Fürst Bülow am 29. Februar 1904:

Wenn diese fremden Rührlisten sich so mauzig machen, wie sie das in der letzten Zeit getan haben, wenn sie solche impertinente Erklärungen verfaßten, wie es die slavischen Studenten hier unter der Führung der Herren Mandelstam und Silberfarb getan haben, so werde ich dafür sorgen, daß solche Leute ausgewiesen werden. (Lebhafte Beifall rechts.) Wir sind in Deutschland noch nicht so weit gekommen, daß wir uns von solchen Schnorren und Verschwörern auf der Kasse herumtanzen lassen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Bülow ist längst a. D. und selber unter die „Schnorrer und Verschwörer“ gegangen. Er möchte gar zu gern wieder das werden, was Silberfarb inzwischen geworden ist: aktiver Minister! —

Der zitternde Christ.

Gegen einen „falschen Frieden“ wendet sich im „Westfälischen Sonntagblatt für Stadt und Land“ ein ungenannter Mitarbeiter der Sonntagblätter, die im Bethelverlag massenhaft gedruckt werden. Kon den vernünftigen Vergleichsvorschlägen der deutschen Regierung vom 25. Dezember sagt der fromme Mann und Friedensapostel:

Wir waren auf dem besten Wege, einen „falschen Frieden“ zu schließen. Die deutschen Unterhändler gingen leiser auf die Forderung der Russen ein, welche vorschlugen, ihren früheren Bundesgenossen eine Frist von 10 Tagen zu geben, damit sie darüber schlüssig werden könnten, ob sie unter denselben Bedingungen an den Friedensverhandlungen teilnehmen wollten, welche man den Russen zugesprochen hatte. Man zitterte fast bei dem Gedanken, unsere Feinde könnten auf den Vorschlag eingehen. Dann wäre unser Volk um die Frucht dieses beispiellos blutigen Krieges betrogen gewesen. England hätte seine Kriegsziele völlig erreicht, und wir kein einziges: unsere Grenze ohne Schutz, unsere Flotte ohne den unentbehrlichen Stützpunkt, unter Handel ruiniert und unser Volk ohne Siedlungsgelegenheit innerhalb unserer Grenzen.

Ein richtiger Friede nach der Ansicht des tapferen Sonntagblätterhelden ist also ein Friede der Eroberungen und Vergewaltigungen. Wie viele Opfer dieser Friede noch erfordert, welche Entbehrungen er den Dabeim-

gebliebenen noch auferlegt, wie viele Kulturwerte er noch zerstört, das alles kümmert diesen christlichen Fiedertrieger nicht. Er beruft sich gar nicht darüber nach, wie sehr er mit solchen Forderungen die eignen Moralbegriffe untergräbt, die er in seinem Beruf als die christlichen ausgibt.

Sonderbare Christen, in der Tat, die bei dem Gedanken eines Verständigungsfriedens zittern! —

Dittmann und Liebknecht.

Unter dieser Ueberschrift verbreitet Wolffs Bureau folgende Ausführungen:

Anlässlich der Verurteilung Dittmanns zu 5 Jahren Festungshaft zieht die „Leipziger Volkszeitung“ einen Vergleich zwischen diesem Urteil und dem gegen Liebknecht ergangenen und kommt dabei zu einem Schlusse, der ebenso falsch ist wie seine Voraussetzungen: Das Gericht hätte, vor der veränderten Volksstimmung zurückweichend, sich zu einem ähnlich scharfen Urteil nicht entschließen können. Wichtigstellend sei folgendes bemerkt:

Liebknechts Verurteilung erfolgte durch ein Militärgericht, da er Armierungssoldat war. Als Angehöriger des Heeres hat er unter Bruch des Fahnenrechts dem Vaterland Schaden zuzufügen versucht. Das Gericht hat daher festgestellt, daß er aus ehrlöser Gesinnung gehandelt hat und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Mildernde Umstände kamen hierbei nicht in Frage. Das verhältnismäßig scharfe Urteil ist vor allem deshalb gefällt worden, weil Liebknecht Soldat war.

Der Fall Dittmann liegt wesentlich anders. Dittmann ist nicht Soldat und stand auch nicht vor einem Militärgericht. Nach § 20 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich war in diesem Fall auf Festungshaft zu erkennen, wenn dem Angeklagten ehrlöser Gesinnung nicht nachgewiesen war. Das war nicht der Fall, und das außerordentliche Kriegsgericht, vor dem die Verhandlung gegen Dittmann stattfand, konnte um so eher die im Gesetz vorgezeichneten mildernden Umstände zuzulassen, als er unter der Suggestion einer Massenbewegung gehandelt hatte, während Liebknecht eine solche noch nicht vorhandene Bewegung ins Leben zu rufen trachtete.

Es ist möglich, sagt dazu der „Vorwärts“, daß die Gerichte sich von diesen Gesichtspunkten haben leiten lassen. Uns und vielen andern erscheinen die Gründe nicht stichfölig. Liebknechts Tat entsprang ebenso wie die Dittmanns ehrlicher politischer Ueberzeugung, die man für falsch ansehen, aber nicht für ehrlös erklären kann.

Das Spital als Bezugsquelle.

Der Abgeordnete Dr. Will hat an die österreichischen Minister des Innern und der Justiz eine Interpellation gerichtet, der folgendes zu entnehmen ist:

„Bereits vor anderthalb Jahren wurde in Troppau der Verwalter des landesfürstlichen Baradenospitals Schweizer aus dem Grunde verhaftet, weil in seinem Besitz ganze Waggonladungen von Waren, die aus dem genannten Spital herührten, vorgefunden wurden. Die Bevölkerung war nicht wenig erstaunt, als das Verfahren erstlich bis jetzt gar nicht durchgeführt wurde. Die Staatsanwaltschaft in Troppau hat die Anklage nicht erhoben, sondern die Akten bereits zweimal an die Oberstaatsanwaltschaft in Brünn geschickt, damit diese ihre Weisungen gebe. Der Vorgang, daß sich die Staatsanwaltschaft juristische Belehrungen in einem Strafprozeß wegen Diebstahls oder Veruntreuung einholt, ist wohl sehr selten und man wird die ganzen Machinationen der Troppauer Staatsanwaltschaft nur verstehen, wenn man weiß, welche Faktoren hier die Hand im Spiele haben. Der Beschuldigte erzählt es jedermann, der es hören will, daß er im Falle der Durchführung des Prozesses der Stadt etwas erzählen werde, und erzählte auch bereits, daß in diesem Spital bei allen möglichen Anlässen Gelage abgehalten worden sind, bei denen Champagner in Strömen floß. Eine ganze Reihe von Beamten der Landesregierung in Troppau hat das Spital als Bezugsquelle für Waren zu ihrem Privatgebrauch benutzt. Wenn auch die Bezahlung hierfür gleich oder erst nach der Verhaftung des Verwalters erfolgte, so kann man es doch nicht begreifen, wie hohe Funktionen der Regierung ein Spital als billige Bezugsquelle in Anspruch nehmen konnten. Man begreift es, daß die Landesregierung ein großes Interesse an der Niedererschlagung des Prozesses hat. Die schlesische Landesregierung hat daher in den Prozeß eingegriffen und auf ihre Umtriebe ist es zurückzuführen, daß der Prozeß niedergefallen werden soll.“ —

Bomben mit Musik.

„Unglaublich, aber buchstäblich wahr“ — so lautet der Rezipient „Zigaro“ eine kleine Geschichte ein, die von den letzten Bombenmürfen auf Paris zu erzählen weiß.

Mitternacht. Eine Bombe fällt auf ein großes Haus. Donnergepolter. Das Haus erbebt von oben bis unten. Klirrend zerpringen Fenster, Glaswerk und Porzellan. Alles sieht erschrocken. Glücklicherweise kein Menschenleben. Die Bewohner der verschiedenen Stockwerke hatten alle die Vorsicht geübt, im Keller Schutz zu suchen.

Nach einer gewissen Zeit, als die Ruhe ansieht, beschloß man aber doch, nachzugehen, was passiert sei. Jeder will doch gern wissen, wie es in seiner Wohnung aussieht. Man steigt die Treppe hinauf. Da erklingt aus dem vierten Stockwerk Musik: lautes Klavierpiel. Inmitten all des Chaos trummelt jemand auf dem Piano herum!

Die Spannung erreicht ihren Höhepunkt, als ein musikalisches Angehöriger in dem lauten Klavierpiel ungarische Musik erkundet: den Rakozi-Marsch.

Ungarische Musikbegleitung zum Bombenüberfall auf Paris! Während klettert man nach oben. Herr und Frau F., die in der vierten Etage wohnen, daran. Es ist ihr mechanisches Piano, das durch die gewaltige Erschütterung des Hauses ins Spiel gekommen ist. Herr F. tritt in der Dunkelheit seine Wohnung, er hat keine Streichhölzer, braucht über umgefallene Möbel, gelangt aber schließlich bis zu seinem Piano und will das Ding zum Schweigen bringen. Aber die Mechanik des Instruments widersteht mit eiserner Hartnäckigkeit allen Versuchen des Mannes. Und der Rakozi-Marsch klopert lustig weiter, hörbar in allen sieben Stockwerken des Hauses.

Ans allen Etagen protestiert man erregt und heftig. Der Hauswart kümmert gegen die Tür. Auf den Treppen wird geschrien. Nichts hilft, das Piano spielt das ganze Haus bis zum Schluß durch, der endlich unter einem Chor von Verwünschungen eintritt. —

Notizen.

Die Konferenz der Entente-Sozialisten hat am Mittwoch in London begonnen. Die Verhandlungen gehen zunächst hinter verschlossenen Türen vor sich, aber nach vor Ablauf der Verhandlungen erwartet man die Veröffentlichung von Mitteilungen über die Verhandlungen. — Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet, der Nationalrat der französischen Sozialisten habe das Memorandum der englischen Arbeiterpartei über die Kriegsziele als Grundlage für die Verhandlungen der Konferenz in London anerkannt und den dahingehenden Beschluß mit 2800 gegen 216 Stimmen angenommen, und zwar mit dem Nachsatz, daß die Frage der deutschen Kolonien kein Hinderungsgrund für den Frieden sein dürfe. Auf Grund dieser Tatsache vermutet der „Manchester Guardian“, daß die Konferenz in London einen Erfolg bringen werde, um so mehr, als die Gründe, die die August-Konferenz zum Scheitern brachten, jetzt ausgeschaltet seien. Damals sei an dem Mißgelingen die Laktik der französischen sozialistischen Mehrheit und der Widerstand Vanderveldes (auch gewesen) jetzt aber werde die französische Mehrheit mit den andern über das Kriegsziele einig werden und nunmehr den Vorschlag einer internationalen Konferenz unterstützen. Vandervelde habe erklärt, daß er sich hiergegen nicht sträuben werde. Er werde als Vorsitzender der Internationale sofort Schritte ergreifen, um eine internationale Konferenz zusammenzurufen. —

Deutschland und Spanien. Der „Tempo“ meldet die spanische Regierung habe am 17. Februar die Antwort auf ihre Note erhalten, die sie über die Vertreibung der „Giralda“ nach Berlin geschickt habe. Man glaube, die deutsche Regierung erkläre sich grundsätzlich bereit, die spanische Küstenfahrt zu reaktieren, verlange aber Bürgschaften dafür, daß die spanischen Fahrzeuge, die dieser Schifffahrt obliegen, keine andre Art von Verkehr vermitteln werden.

Oesterreich frei! Aus dem österreichischen Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Artikel des Friedensvertrags mit der Ukraine, der bezüglich der Grenzen den Zustand vor dem Kriege, wie er mit dem großrussischen Reich gezeichnet hat, wiederherstellt, ist nunmehr vollkommen zur Durchführung gelangt. Seit Dienstag haben unsere Truppen das gesamte Gebiet bis zur Reichsgrenze ohne Zwischenfall besetzt. —

Eine neue Rede Wilsons. Der „New York Herald“ meldet: Der Präsident wird im Kongreß in der kommenden Woche von neuem über die Friedensbedingungen in Amerika und seine Stellung zu den Versailler Beschlüssen reden. —

Ueber den Generalaufstand in Warschau, der von den Polen veranlaßt wurde zum Protest gegen die Zuteilung des Cholmer Landes an die Ukraine durch den Friedensvertrag der Mittelmächte mit der Ukraine, entnehmen das „Berliner Tageblatt“ den Warschauer Zeitungen, insbesondere dem „Kurjer Polski“, daß am Donnerstag sämtliche Gerichte, die höheren wie die Friedensgerichte, alle Verwaltungsbehörden, sämtliche öffentlichen Anstalten, Schulen und Unterrichtsanstalten ihre Tätigkeit eingestellt hatten. Die Straßenbahnen verkehrten nicht. Alle Bäden in der ganzen Stadt waren ohne Ausnahme geschlossen, ebenso alle Restaurants, Konditoreien und Kaffeehäuser. Fast alle Fabriken und Werkstätten fielen. Die Zeitungen mit Ausnahme der jüdischen Presse erschienen nicht. Den ganzen Tag über wälzte sich eine ungeheure Menschenmenge durch die Straßen, alle Vorstellungen in der Theatern und Kinos fielen aus. An der Universität in Warschau ein Anschlag des Senats, der aus „Anlaß der nationalen Trauer“ einen dreitägigen Ausfall des Unterrichts ankündigte. Die Studenten beantworteten diese Kundgebung mit Hochrufen auf den Senat. Der gleiche Anschlag erschien an der polytechnischen Hochschule. In beiden Hochschulen wurden Studentenversammlungen einberufen, die entsprechende Resolutionen annahmen. —

Ergebnisse des Vormarsches.

B. L. B. Großes Hauptquartier, 21. Februar 1918. (Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. Stielach Artillerie- und Minenwerferkampf. Ein Besatz in den Argonnen hatte Erfolg.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

An der Isthmischen Front war die Kampftätigkeit in vielen Abschnitten zwischen der Selle und Maine gesteigert. Starke französische Abteilungen griffen am Abend unsere Stellungen bei Moncel, Rechicourt und Nouancourt an. An einzelnen Stellen drang der Feind ein. Unsere Infanterie warf ihn im Gegenstoß wieder hinaus und machte eine größere Anzahl Gefangener.

Südwestlich von Marfisch brachten Stütztruppen von einer Erleubung Gefangene zurück.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

Von der Insel Rosau aus sind unsere Regimenter nach Ueberwindung des zugefrorenen Sundes in Estland eingerückt und haben Land besetzt.

Im Bormarsch am Rigaischen Meerbusen entlang wurden Pernig und Rensal erreicht. Bei Rensal kam es zu kurzem Kampfe, in dem 500 Gefangene gemacht und 20 Geschütze erbeutet wurden. Wenden wurde durchdrungen, unsere Truppen stehen vor Wolmar.

Zwischen Dünaaburg und Pinn ist mir im Besonderen nach Osten.

Heeresgruppe Emsingen.

Die Bewegungen gehen vorwärts. An der ganzen Front wurden wichtige Bahn- und Straßenknotenpunkte besetzt.

Rosau wurde vom Feinde gesäubert.

Die Beute läßt sich noch nicht annähernd übersehen. Über wurden gemeldet:

an Gefangenen: 1 kommandierender General, mehrere Divisionalkommandeure, 425 Offiziere und 8700 Mann;

an Beute: 1353 Geschütze, 120 Maschinengewehre, 4 5000 Fahrzeugen, Eisenbahnzüge mit etwa 1000 Wagen, vielfach mit Lebensmitteln beladen, Flugzeuge und sonstiges unbeschädigt Kriegsgerät.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

